

1. Was ist aus Ihrer Sicht die Ursache des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt und wie sollte man damit politisch umgehen (bitte eine kurze Antwort)?

Der demografische Wandel hat bundesweit sicher auch mit der Entscheidung der Menschen zugunsten kleineren Familien zu tun, in Sachsen-Anhalt ist sie m.E. aber eher Ausdruck der langen Arbeitswege ("Land der Frühaufsteher") auf Grund fehlender lokaler Arbeitsangebote, verbunden mit der Abwanderung vor allem junger, ausgebildeter Facharbeiter und ganzer Familien.

Politisch wichtig ist es hier, den Menschen, die bleiben oder sogar her ziehen wollen (die gibt es!) ein stabile Grundinfrastruktur anzubieten. Man kann in der Fläche nicht die Standards einer Großstadt aufrechterhalten, aber man kann Mindeststandards erhalten, wie es Schleswig Holstein und Mecklenburg-Vorpommern insbesondere bei ihren Inselgruppen vormachen!

In diesem Zusammenhang fordern wir beispielsweise den flächendeckenden Ausbau von Breitbandnetzen und eine bessere Erschließung des ländlichen Raums mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Dazu Bedarf es den Mut und die Möglichkeit regionale Lösungsansätze umzusetzen und dauerhaft zu etablieren. Stabilität schafft Sicherheit schafft Raum zur Familienplanung. So muss eine wohnort- oder arbeitsplatznahe Versorgung mit kostenfreien Kita-Plätzen sichergestellt sein. Ständige Änderungen und Kürzungen verstärken Unsicherheit. Zum anderen muss die alternde Gesellschaft als Chance angesehen werden, nicht als Schreckenszenario.

2. Wie kann aus Ihrer Sicht die Bundespolitik zur Stärkung des ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt beitragen?

Es müssen Bandbreiten zu gesetzlichen Auflagen existieren, die die besonderen Bedingungen ländlicher Gebiete ausreichend berücksichtigen. Zum anderen müssen alternative Schul- und Ausbildungsformen zugelassen werden. Hier kann und muss die Bundesregierung auf die Länder einwirken (wie es ja auch bei den Exzellenz Hochschulen leider in genau der falschen Richtung auch macht). Grundsätzlich sehe ich persönlich Bildung nicht als Landesthema, sondern als bundesweite Aufgabe. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die generelle Aufhebung des Kooperationsverbotes ein, sodass auch im "normalen" Schulbetrieb eine Unterstützung durch die Bundesebene möglich wäre.

3. Wie wird sich der ländliche Raum entwickeln, wenn so viele Grundschulen geschlossen werden, wie dies die CDU/SPD-Landesregierung in Sachsen-Anhalt vorhat?

Es wird zu einer weiteren Verödung der Fläche, insbesondere der Altmark kommen. Auch wenn viele Familie sicherlich die neuen Schulwege noch akzeptieren könnten, schafft dies genau die Unsicherheit, die zur Landflucht führt. Warum sollten nicht die weiterführenden Schulen oder Kita's als nächstes dran sein? Gerade die Überführung der Zuständigkeit der Kita's zum Landkreis bereitet doch Standortschließungen auf ideale Weise vor, dann die Entscheidung nicht mehr vor Ort vertreten werden muss

4. Kann bzw. soll aus Ihrer Sicht die SchulentwicklungsVO des Landes vom 30.5.2013 aufgehoben werden? Bitte begründen Sie Ihre Auffassung.

Bis jetzt hat der Landtag das Thema nicht ausreichend debattiert. Von daher freue ich mich gerade als PIRAT über den Druck aus der Bevölkerung z.B. mittels der Petition zum Erhalt der Grundschulen. Dies sollte Wirkung zeigen. Der Landtag kann und sollte an die Landesregierung den Auftrag zur Änderung geben. Aus meiner Sicht berücksichtigt die SchulentwicklungsVO die Möglichkeiten im ländlichen Raum nicht annähernd, so z.B. gemeinsame Angebote von Grundschulen oder klassenübergreifendes Lernen.

5. Welche Chancen sehen Sie, die Schließung vieler Grundschulen in Sachsen-Anhalt zu verhindern?

Gute, sofern die Abgeordneten der jeweiligen Wahlkreise Ihre Aufgabe am Wähler ernst nehmen und sich nicht einem Fraktionszwang willenlos unterwerfen.